

Kein Fahrplan für den Frieden

Erdoğan's Demokratiepaket enttäuscht kurdische Erwartungen

Dilek Kurban

Viele hatten weitaus mehr von dem »Demokratiepaket« erwartet, das der türkische Premierminister Recep Tayyip Erdoğan am 30. September angekündigt hatte. Schließlich wurde es fast ein Jahr nach Aufnahme der informellen Friedensgespräche beschlossen, die die Regierung mit Abdullah Öcalan führt, dem inhaftierten Führer der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Doch anstelle von Reformen zur Lösung der Kurdenfrage stellte Erdoğan lediglich allgemeine Maßnahmen in Aussicht, die dazu dienen sollen, türkische Gesetze mit dem Acquis der Europäischen Union (EU) zu harmonisieren. Mit der formalen Öffnung von Kapitel 22 im Rahmen der Verhandlungen über den Beitritt der Türkei zur EU ist auch die europäische Politik gefordert, Einfluss auf den Friedensprozess zu nehmen. Denn dieses Kapitel betrifft die Regionalpolitik, die eng mit der Frage der Dezentralisierung zusammenhängt.

In einer Pressekonferenz am 30. September gab Erdoğan Folgendes bekannt: Grundschüler seien nicht länger verpflichtet, regelmäßig einen Treueid auf die Türkei zu schwören; die Buchstaben q, w und x dürfen in offiziellen Dokumenten von nun an ohne Einschränkung genutzt werden; Beamtinnen, die keiner Uniformpflicht unterliegen, stehe es frei, ein Kopftuch zu tragen; Politikern sei es im Wahlkampf gestattet, eine »andere Sprache als Türkisch« zu verwenden; dieselbe Erlaubnis gelte für den Unterricht in Privatschulen; Parteien dürfen zwei Ko-Vorsitzende ernennen. Außerdem zeigte sich Erdoğan bereit, Gespräche über eine Absenkung der Zehn-Prozent-Hürde zu führen, die bei Parlamentswahlen besteht.

Hätte Erdoğan diese Ankündigungen zu Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen im Jahr 2005 gemacht oder im Zuge der »kurdischen Öffnung« im Jahr 2009, hätten sie breiten Zuspruch gefunden, nicht nur bei den Stammwählern, Mitgliedern und Freunden der regierenden Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) und bei den regierungstreuen Medien. Doch Erdoğan meldete sich fast ein Jahr nach Beginn der informellen Friedensgespräche zu Wort, sechs Monate nach Öcalans historischer Mitteilung am 21. März 2013, dass die Ära des bewaffneten Aufstands gegen die Türkei zu Ende sei. Insofern war Erdoğan's Rede auch eine Reaktion auf die Mitteilung des Kurdenführers und auf die Strategie, die Öcalan in einer Reihe von Briefen dargelegt

hatte. Die Militärführung der PKK hatte die darin gegebenen Anweisungen befolgt und begonnen, ihre Bewaffneten aus der Türkei ab- und in den Norden Iraks und Syriens zurückzuziehen. Erster Schritt im Friedensprozess sollte ein vollständiger Rückzug der PKK-Kämpfer sein. Darauf würden Gesetzesänderungen folgen, die den Kurden volle politische und sprachliche Rechte gewährten. Am Ende stünde die gesellschaftliche Wiedereingliederung der PKK-Kämpfer (zum Friedensprozess siehe SWP-Aktuell 25/2013 von Kevin Matthees und Günter Seufert). Angesichts dieser Entwicklungen richteten sich nun alle Augen auf die AKP-Regierung und den weiteren Reformprozess. In diesem politischen Umfeld kündigte Erdoğan das Demokratiepaket an.

Bewahrung der Staatstraditionen: Gradueller, impliziter Reformismus

Bereits die vor der AKP amtierende Regierungskoalition hatte bedeutende Reformen beschlossen, um türkische Gesetze mit dem Acquis der EU zu harmonisieren und um Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) umzusetzen. Einige dieser Reformen betrafen auch die Kurdenfrage: etwa die Abschaffung der Todesstrafe (die die Hinrichtung Öcalans verhinderte); die Aufhebung des verfassungsrechtlichen Verbots, die kurdische Sprache zu verwenden (nicht nur in den Medien); die Erlaubnis, Kurdisch in Privatkursen zu unterrichten. Nachdem die AKP im November 2002 an die Macht gekommen war, beschleunigte sie den Reformprozess. So verabschiedete sie eine Reihe von Paketen, die unter anderem eine gesetzliche Entschädigung für vertriebene kurdische Dorfbewohner einführten, die Staatssicherheitsgerichte abschafften und den Ausnahmezustand auch in den letzten zwei Provinzen der Kurdenregion aufhoben.

Das jüngste Demokratiepaket, das auf dem graduell angelegten Konzept früherer Reformen beruht, lässt Wünsche nach weiteren Verbesserungen übrig. Ein Beispiel: Die Reformen zur Entkriminalisierung des

Kurdischen begannen im August 2002 mit der Eröffnung privater Kurdischkurse, 2009 wurden Hochschulfakultäten für kurdische Sprache und Literatur eröffnet. Im April 2012 boten weiterführende Schulen Wahlfächer in »lebenden Sprachen und Dialekten« an, auch für Kurdisch. Diese Kurse werden zwei Stunden pro Woche abgehalten, falls sich mindestens zehn Schüler dafür anmelden. Das jüngste Paket gibt nun Privatschulen die Möglichkeit, auf Kurdisch zu unterrichten – Einzelheiten werden in einem Gesetz festgelegt. Unterricht in der Muttersprache an staatlichen Schulen wird aber noch auf sich warten lassen.

Wie frühere Reformen geht auch das Demokratiepaket nicht explizit auf das Kurdische ein. Das Wort »Kurde« oder »Kurdisch« ist in keinem offiziellen Dokument jemals verwendet worden. Der offizielle Grundsatz, den Kurden die gesetzliche Anerkennung zu verweigern, bleibt bestehen. Dabei ist die AKP auf diskursiver und politischer Ebene schon längst von dieser Staatstradition abgerückt. Zwar wurde nun der Gebrauch der von Kurden verwendeten Buchstaben q, w und x legalisiert und angekündigt, dass Privatschulen künftig in »verschiedenen Sprachen und Dialekten« unterrichten könnten. Allerdings vermied es Erdoğan erneut, sich explizit auf Kurden oder Kurdisch zu beziehen. Um dem Vorwurf nationalistischer Türken entgegenzuwirken, das Demokratiepaket sei ein Zugeständnis an Öcalan, hält die AKP-Regierung an ihrem Prinzip fest, »ein bisschen von allem, aber nicht zu viel davon« zu gewähren. Dies zeigt sich an weiteren Punkten, die in das Paket einbezogen wurden: Lockerung des Kopftuchverbots und Rückgabe von konfisziertem Eigentum an ein assyrisches Kloster.

Welche Vorteile bringt das Demokratiepaket für die Kurden mit sich?

Reform von Parteien- und Wahlgesetz

Laut Erdoğan zielen die Änderungen in den Gesetzen zu politischen Parteien und Wah-

len darauf ab, die Möglichkeiten politischer Beteiligung auszuweiten und einen fairen Wettbewerb der Parteien zu garantieren. So können künftig alle Wahlberechtigten auch Mitglied einer politischen Partei werden, was primär Studenten und Beamten zugutekommt. Die Parteien unterstehen nicht länger der Pflicht, Parteigliederungen in kleinen Verwaltungseinheiten zu eröffnen, und können (bis zu zwei) Ko-Vorsitzende haben. Außerdem ist es nicht länger strafbar, im Wahlkampf Kurdisch zu sprechen. In seiner Verlautbarung am 30. September ließ der Premier aber offen, ob die geplanten Gesetzesänderungen die Verwendung von Kurdisch in der Politik tatsächlich ausweiten werden. Sowohl das Gesetz für politische Parteien (Nr. 2820) als auch das Gesetz für grundlegende Wahlprinzipien (Nr. 298) verbietet den Gebrauch nichtamtlicher Sprachen bei Vorwahlen und Wahlen. In Artikel 58 des letztgenannten Gesetzes heißt es: »Politische Parteien und ihre Kandidaten verwenden Türkisch in ihrer Propaganda«. Erdoğan erklärte, man wolle diesen Artikel in der Weise anpassen, dass der Gebrauch anderer Sprachen erlaubt sein werde. Das Verbot in Artikel 43 des Gesetzes für politische Parteien, nichtamtliche Sprachen bei Vorwahlen zu verwenden (= Auswahl der Kandidaten), soll ebenfalls modifiziert werden. Allerdings ließ der Premierminister Artikel 81(c) dieses Gesetzes unerwähnt. Dieser untersagt es *politischen Parteien*, nichtamtliche Sprachen bei Wahlen und anderen Kampagnen, Sitzungen, Kongressen und in Schriftstücken zu verwenden. Bis zur Veröffentlichung der Änderungsentwürfe wird die Verbotslage für Parteien unklar bleiben.

Parteien, die bei den letzten Parlamentswahlen mehr als drei Prozent der Stimmen erhielten, sollen künftig Anspruch auf finanzielle Unterstützung durch den Staat haben (die Grenze liegt derzeit bei sieben Prozent). Dies soll für mehr Fairness im Wettbewerb sorgen. Um ins türkische Parlament einzuziehen, muss eine Partei mindestens zehn Prozent der Stimmen auf sich vereinen – kein Staat Europas hat eine

höhere Wahlhürde. Erdoğan nannte zwei Alternativen, die Abhilfe schaffen könnten: Die Hürde auf fünf Prozent zu senken und gleichzeitig die Wahlbezirke auf höchstens fünf Parlamentssitze zu verkleinern oder aber die Hürde komplett abzuschaffen und nur noch die Wahl von Direktkandidaten (einer pro Wahlkreis) zuzulassen.

Aus Sicht der pro-kurdischen Partei des Friedens und der Demokratie (BDP) hat die Legalisierung mehrerer Vorsitzender insofern keine Auswirkungen, als die Partei ungeachtet des Verbots schon immer zwei Ko-Vorsitzende hatte. Für die BDP wie überhaupt für die pro-kurdische politische Bewegung sind jene Änderungen wichtiger, die die Legalisierung der Verwendung von Kurdisch in Wahlkampagnen und die Ausweitung der Möglichkeiten staatlicher Parteienfinanzierung betreffen. Die Entkriminalisierung des Kurdischen begann im Jahr 1991, als das Verbot aufgehoben wurde, »Sprachen des alltäglichen Lebens« zu verwenden. Mehr als zwanzig Jahre danach wird Kurdisch in der Politik legalisiert – reichlich spät für eine Regierung, die im Jahr 2009 eine »Kurdische Öffnung« ausrief und Hochschulfakultäten für die kurdische Sprache und Literatur gründete. Die Gesetzesänderungen bleiben zudem hinter den gesellschaftlichen Realitäten zurück. In einigen von Kurden bewohnten Gebieten versteht die Bevölkerung kein Türkisch. Politiker sowohl pro-kurdischer Parteien als auch der AKP halten ihre Ansprachen an die Wähler dort schon längst in deren Muttersprache. Doch immer wieder wurden Politiker der pro-kurdischen und linken politischen Parteien für solche Verstöße verurteilt. In seinem Urteil zum Fall *Sükran Aydin und andere gegen die Türkei* entschied der EGMR 2013, dass »ein umfassendes Verbot aller nichtamtlichen Sprachen in Verbindung mit strafrechtlichen Sanktionen« gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung verstoße. Die Türkei musste sich diesem Urteil beugen und wollte ähnliche Entscheide des EGMR in Zukunft vermeiden. Genau dies veranlasste die AKP dazu, die Gesetze für politische Parteien und Wah-

len anzupassen – ausschlaggebend war also nicht das Bemühen um politische Fairness.

Dem ersten Anschein nach werden die angekündigten Änderungen der Vorschriften zur staatlichen Parteienfinanzierung der BDP zugutekommen. Die Senkung der Zulassungshürde von sieben auf drei Prozent dürfte für eine gerechtere Verteilung der öffentlichen Mittel unter den Parteien sorgen. In der Praxis ist die Lage jedoch weniger eindeutig. Vor der Parlamentswahl 2015 wird die BDP wohl nicht von den neuen Zulassungskriterien profitieren. Nach den Ergebnissen zu urteilen, die die BDP-Vorgänger bei den vergangenen Wahlen erzielt haben, dürfte die BDP erst 2015 in den Genuss öffentlicher Mittel kommen. Dies wird allerdings nur möglich sein, wenn sie sich entschließt, bei den Wahlen als Partei anzutreten statt wie bisher mit parteilosen Kandidaten.

Die pro-kurdische politische Bewegung nahm zuletzt im Jahr 2002 als Partei an den Parlamentswahlen teil. Die Demokratische Volkspartei (DEHAP) bekam damals nur 6,2 Prozent der Stimmen und scheiterte somit an der Wahlhürde von zehn Prozent. Nachdem es der kurdischen Bewegung seit 1995 nicht mehr gelungen war, einen Sitz im Parlament zu gewinnen, änderte die Partei der Demokratischen Gesellschaft (DTP) – Nachfolgerin der DEHAP und Vorgängerin der BDP – ihre Strategie im Vorfeld der Wahlen 2007. Die DTP entschied sich, mit parteilosen Kandidaten anzutreten, die von der Zehn-Prozent-Klausel nicht betroffen sind. Dieser Entschluss zahlte sich aus: 20 der von der DTP getragenen unabhängigen Kandidaten wurden gewählt und bildeten nach ihrem Einzug ins Parlament eine Fraktion (ein 21. Abgeordneter schloss sich ihr später an). Die BDP griff bei den Parlamentswahlen 2011 auf die gleiche Strategie zurück und hatte wiederum Erfolg: 36 ihrer parteilosen Kandidaten konnten ins Parlament einziehen und eine Fraktion stellen. Die Liberalisierung der Vorschriften zu staatlichen Finanzmitteln für politische Parteien stellt die BDP demnach vor eine schwere Entscheidung: Entweder sie tritt

in den Parlamentswahlen 2015 als Partei an (und ist erneut mit der Zehn-Prozent-Hürde konfrontiert) oder sie setzt weiterhin auf parteilose Kandidaten und verzichtet auf die Option, vom Staat finanziell unterstützt zu werden.

Die aktuell für den Anspruch auf Finanzmittel geltende Sieben-Prozent-Hürde wurde 2005 während der Amtszeit der AKP beschlossen. Zwischen 1990 und 2005 gewährte das Gesetz für politische Parteien jenen Parteien staatliche Finanzhilfen, die mit einer gewissen Zahl von Abgeordneten im Parlament vertreten waren, unabhängig davon, ob sie sich als Partei zur Wahl gestellt hatten. Die Mindestanzahl an Abgeordneten lag anfangs noch bei zehn, wurde aber später auf drei gesenkt. Damit konnte die pro-kurdische Volkspartei der Arbeit (HEP) – die im Vorfeld der Wahlen von 1991 eine Koalition mit einer sozialdemokratischen Partei einging und deshalb ins Parlament einzog – finanzielle Mittel vom Staat erhalten. Seit ihrem Einzug ins Parlament bekam die HEP staatliche Finanzhilfen, ebenso wie ihre Nachfolgerin, die Demokratie-Partei (DEP), die allerdings im Jahr 1994 verboten wurde.

2007 zogen Abgeordnete der pro-kurdischen Bewegung nach dreizehn Jahren erstmals wieder ins Parlament ein, nachdem die DTP beschlossen hatte, mit parteilosen Kandidaten zur Wahl anzutreten. Die Vorschriften zu den staatlichen Finanzhilfen für Parteien waren unterdessen geändert worden: Das Gesetz für politische Parteien legte die Sieben-Prozent-Hürde als alleiniges Kriterium fest, das zum Bezug staatlicher Finanzmittel berechtigte.

Diese Ausgangslage macht Erdoğan's Vorschlag zur Senkung der Wahlhürde für die säkulare kurdische Nationalbewegung interessant. Falls die Hürde gesenkt wird (auf ein Niveau, das die BDP nach eigener Überzeugung zu erreichen vermag), könnte die Partei ernsthaft darüber nachdenken, bei den Wahlen 2015 anzutreten. Allerdings sind sich Experten und die BDP einig: Beide von Erdoğan vorgeschlagene Ände-

rungen des Wahlgesetzes würden primär der AKP zugutekommen und der BDP außerhalb der Kurdenregion keinen Stimmengewinn bescheren. Einer der Ko-Vorsitzenden der BDP äußerte in einer Stellungnahme zum Demokratiepaket, dass er beide Alternativen für untragbar halte, weil sie die Partei in der kurdisch dominierten Region »gefangen halten« und relevante Stimmengewinne im Rest des Landes verhindern würden. Aus BDP-Kreisen wird deshalb vorgeschlagen, die Hürde für die Vertretung einer Partei im Parlament auf drei Prozent zu senken.

Sprachenrechte

Das Demokratiepaket kündigt Reformen bei der Nutzung von Minderheitssprachen in offiziellen Dokumenten und dem Bildungssystem an. So soll es künftig erlaubt sein, die Buchstaben q, w und x zu verwenden. Das gibt den Kurden die Möglichkeit, Vornamen in ihrer Sprache einzutragen zu lassen. Von der BDP geführte Gemeinden in der Kurdenregion haben de facto bereits eine Situation geschaffen, in der regionale Behörden diese Buchstaben in offizieller Korrespondenz, in Dokumenten und in Bezeichnungen öffentlicher Plätze verwenden. Die Reform wird den Kurden darüber hinaus gestatten, diese Buchstaben in offiziellen Dokumenten zu verwenden, die von der Zentralregierung ausgestellt werden, etwa in Ausweisen. Die offizielle Verwendung des kurdischen Alphabets in einem Land, das die Existenz der kurdischen Sprache lange geleugnet hat, ist nicht zuletzt von hohem symbolischem Wert, der weit über die praktischen Auswirkungen hinausgeht.

Der Premierminister kündigte an, dass die offizielle Verwendung ursprünglicher (und später türkisierter) Dorf-, Bezirks- und Provinznamen wieder möglich sein werde. Um den Namen eines Dorfes zu ändern, bedürfe es einer Genehmigung des Innenministeriums. Mit Anfragen für die Bezeichnungen von Bezirken und Provinzen müsse sich das Kabinett befassen, da in diesem

Falle gesetzliche Änderungen notwendig seien. Wie diese Reformen umgesetzt und konkurrierende Umbenennungsersuchen behandelt werden sollen, ist noch offen. Im Sinne einer demokratischen Regierungsführung hätte Ankara diese Entscheidung der lokalen Ebene überlassen sollen. Zudem ist schwer zu verstehen, warum die Reform sich auf Namen beschränkt, die nach dem Militärcoup von 1980 geändert wurden. Die Türkisierung von Ortsnamen hat schließlich lange vor diesem Jahr begonnen.

Zwar ist dieser stufenweise Rückbau der früheren Assimilationspolitik wichtig, allerdings kommt er zu spät, um politische Wirkung zu entfalten. In den vergangenen Jahren haben die BDP-geführten Gemeinden die ursprünglichen kurdischen – in einigen Fällen armenischen – Namen mancher Dörfer im Zuge multilingualer Kampagnen de facto wieder eingeführt. Immerhin schützt die angekündigte Legalisierung dieser Vorgehensweise die BDP-Funktionäre vor strafrechtlicher Verfolgung. Die Möglichkeit, die Namen von Bezirken und Provinzen zu ändern, wird die lokalen Gemeinden überall in der Türkei dazu bewegen, in dieser Angelegenheit Druck auf die Regierung auszuüben.

Das Demokratiepaket hat nicht zuletzt die Möglichkeit eröffnet, Privatschulunterricht in Kurdisch anzubieten. Unterricht in der Muttersprache wurde von der pro-kurdischen Bewegung in der Türkei schon seit langem gefordert. Und diese Forderung wird von allen Kurden in der Region gleichermaßen unterstützt, selbst von der AKP-Anhängerschaft und den neu gegründeten Islamistischen Parteien in den kurdischen Regionen. Viele Kurden möchten, dass auf allen Bildungsebenen in ihrer Muttersprache unterrichtet wird, und sie verlangen, dass auch staatliche Schulen entsprechenden Unterricht anbieten. Neben der BDP haben zahlreiche Nichtregierungsorganisationen und Akademiker in der Region, in Istanbul und in Europa an der Standardisierung der kurdischen Sprachen gearbeitet und im letzten Jahrzehnt enormes Wissen zum multilingualen Unterricht erworben.

Inspiziert wurden sie dabei von anderen Völkern, die Gegenstand von Assimilationskampagnen waren, wie etwa die Katalanen während des Franco-Regimes. So erarbeiten sie Lehrpläne, entwickeln Unterrichtsmethoden und rekrutieren zukünftige Kurdisch-Lehrer, um bereit zu sein, sobald staatliche Schulbildung auf Kurdisch beginnt.

Die Beschränkung des Kurdischunterrichts auf private Bildungseinrichtungen stieß bei allen pro-kurdischen Bewegungen auf Kritik. Sie wiesen darauf hin, dass der Großteil der Kurden in der Region sehr arm sei und sich Privatunterricht nicht leisten könne. Zudem sei die Privatisierung von Unterricht in der Muttersprache aus sozio-ökonomischer Sicht diskriminierend. Indem man lediglich Türken das Recht einräume, staatliche Bildung in ihrer Muttersprache zu genießen, würden Kurden und andere Minderheitengruppen diskriminiert, wenn man ihnen dieses Recht verwehre. Schließlich sollten sie als Steuerzahler dieselben staatlichen Dienstleistungen in Anspruch nehmen dürfen wie Türken.

Es wäre jedoch eine Verkürzung, allein die Regierung für die Verwehrung des Rechts auf staatliche Schulbildung in Kurdisch verantwortlich zu machen. Denn eine Klausel in der Verfassung verbietet den Unterricht in nichtamtlichen Sprachen an staatlichen Schulen. Die AKP besitzt im Parlament nicht die Mehrheit, die notwendig ist, um die Verfassung zu ändern. Im parlamentarischen Vermittlungsausschuss, der eine neue Verfassung ausarbeiten sollte, war dieses Thema zwischen den vier Parteien heiß umstritten. Allerdings stimmte die AKP während der Beratungen des Ausschusses im August 2013 gemeinsam mit der Republikanischen Volkspartei (CHP) und der Nationalistischen Aktionspartei (MHP) gegen den Vorschlag der BDP, in staatlichen Schulen Unterricht in der Muttersprache anzubieten.

Defizite des Demokratiepakets

Die größte Erwartung, die die BDP mit dem Paket verknüpfte, richtete sich auf grund-

legende Änderungen des Strafgesetzbuches und des Anti-Terror-Gesetzes. Dies würde die Voraussetzungen schaffen, um Hunderte von BDP-Mitgliedern freizulassen, die seit mehr als vier Jahren in Untersuchungshaft sitzen und auf ihre Anklage warten.

Laut Informationen der BDP sind derzeit 6 Parlamentarier, 21 Bürgermeister und 91 Gemeinderäte inhaftiert. Zusätzlich befinden sich 6 Mitglieder ihres zentralen Exekutivkomitees, 2 stellvertretende Parteivorstände, 57 Mitglieder der Parteiversammlung und rund 200 führende Mitglieder in Untersuchungshaft. Ebenfalls in Haft sind Hunderte von Aktivisten, die mit der BDP in Verbindung stehen, darüber hinaus weitere Aktivisten, Anwälte, Journalisten und Studenten, denen eine Mitgliedschaft bei der Union der Gemeinschaft Kurdistans/Türkei-Parlament (KCK/TM) vorgeworfen wird.

Die KCK wurde im Jahr 2005 von der PKK auf Anweisung Öcalans gegründet und soll seine ideologische Vorstellung von einem »Demokratischen Konföderalismus« in die Tat umsetzen. Ziel dieses Konföderalismus ist es, jene politischen Parteien, zivilgesellschaftlichen Organisationen und bewaffneten Gruppen aus der Türkei, dem Irak, dem Iran und Syrien zusammenzuführen, die mit der PKK verbunden sind. Laut Vorwurf der Staatsanwaltschaft wurde die KCK/TM von der PKK einzig zu dem Zweck ins Leben gerufen, terroristische Handlungen zu verüben und PKK-Propaganda in ländlichen Gebieten zu betreiben. Einigen Häftlingen werden die Anwendung oder Androhung von Gewalt und/oder Nötigung vorgeworfen. Andere wiederum werden beschuldigt, »Propaganda für eine Terrororganisation gemacht zu haben«. Dabei hatten sie oft lediglich die gleichen politischen Forderungen gestellt wie die PKK, zum Beispiel Unterricht in der Muttersprache und Verwaltungsautonomie für die Kurden.

Die Anschuldigungen stützten sich unter anderem auf folgende Sachverhalte: Teilnahme an Massendemonstrationen während der kurdischen Neujahrsfeierlichkeiten sowie am Weltfrauentag und am Tag der Menschenrechte, das Zitieren von PKK-Führern

und/oder Schriftstücken der PKK in Zeitungsartikeln und selbst das Einreichen von Anträgen beim EGMR. Da die Definition von Terrorismus im türkischen Strafgesetz sehr weit gefasst ist, wurden jene, denen Gewaltanwendung oder Planung und Durchführung von Terroranschlägen zur Last gelegt wird, mit denjenigen in den »KCK«-Topf geworfen, die lediglich von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung und vom Demonstrationsrecht Gebrauch gemacht hatten.

Die BDP hatte gesetzliche Änderungen erwartet, die eine sofortige Freilassung der Häftlinge der sogenannten zweiten Kategorie zur Folge haben würden. Dazu gehören insbesondere gewählte politische Vertreter, die ihr Amt noch innehaben. Im Hinblick auf die im März 2014 anstehenden Kommunalwahlen ist es für die BDP besonders wichtig, dass Bürgermeister und andere Kommunalpolitiker freigelassen werden. Die Inhaftierung von mehr als 100 gewählten Vertretern und erfahrenen Kadern erschwert die Suche der Partei nach geeigneten Kandidaten. In ihrem Fortschrittsbericht vom 16. Oktober 2013 erklärte die Europäische Kommission, diese Haftpraxis sei eine »erhebliche Beeinträchtigung der Ausübung regionaler und lokaler Demokratie«. Im Laufe des Jahres 2013 ließen die Gerichte zwar einige Bürgermeister und Kommunalpolitiker frei, für eine Entlassung im großen Stil müssten aber die Gesetzgeber tätig werden. Wie auch andere internationale Beobachter hält die EU umfassende Reformen der Strafjustiz in der Türkei für unerlässlich. Trotz externen und internen Drucks hat die AKP noch nicht den politischen Willen erkennen lassen, KCK-Häftlinge der genannten zweiten Kategorie auf freien Fuß zu setzen. Im Lichte des harten politischen Wettbewerbs zwischen AKP und BDP und der nahenden Kommunalwahlen gibt Erdoğan's Hartnäckigkeit Anlass für Zweifel, dass er es mit seiner Betonung der Chancengleichheit im politischen Wettbewerb ernst meint.

Friedensprozess und Demokratiepaket: Welche Rolle für die EU?

Die im »Demokratiepaket« angekündigten Reformen erfüllen schwerlich die Erwartungen an eine Regierung, die darauf bedacht ist, die Urteile des EGMR umzusetzen, und die sich in Beitrittsverhandlungen mit der EU befindet. Die AKP hat ausreichend Kenntnis von den tieferliegenden Ursachen des Demokratiedefizits in der Türkei, um zu wissen, was zu tun ist. Im Rahmen der seit 2009 geltenden »Öffnungspolitik« hat die Regierungspartei langwierige Beratungen mit den Kurden, den heterodoxen Aleviten, den Roma und nichtmuslimischen Gemeinden geführt und im gesamten Land drei Jahre lang Reformwünsche eingeholt, die bei der Erarbeitung einer neuen Verfassung berücksichtigt werden könnten. Insofern kennt die AKP die Grundforderungen der Bürger nach Gleichheit, Gerechtigkeit und Demokratie.

Dass sich die Opposition im Parlament gegen alle Reformen stellt, macht es der Regierung allerdings nicht gerade leicht. Die CHP- und MHP-Vorsitzenden widersetzten sich umgehend dem Vorhaben, den Treueid der Schüler abzuschaffen, der an die totalitäre Ideologie der 1930er Jahre erinnert. Damit lieferte die Opposition einen neuerlichen Beweis dafür, wie wenig sie gewillt und fähig ist, die AKP zu mehr Demokratie zu bewegen. Eine Gruppe von CHP-Abgeordneten hat bereits ein Gerichtsverfahren gegen die Lockerung des Kopftuchverbots eingeleitet, eine andere Gruppe dem Parlament eine Gesetzesvorlage zur Wiedereinführung des Treueids für Schüler in der Grundschule vorgelegt. Die beiden größten Oppositionsparteien im Parlament wehren sich vehement dagegen, den in der Türkei existierenden ethnischen und religiösen Pluralismus als Realität anzuerkennen. Man darf es der Regierung darum auch nicht verdenken, wenn sie abwehrend auf Fragen nach dem schleppenden Tempo des Reformprozesses reagiert.

Sieht man einmal von dem Verhalten der wichtigsten Oppositionsparteien ab, gibt es eine Reihe politischer und gesell-

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2013
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autorin wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 34
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

Der Text ist zuerst auf Englisch als SWP Comments 35/2013 erschienen.

schaftlicher Faktoren, die eine politische Lösung der Kurdenfrage begünstigen: eine sich schnell wandelnde Gesellschaft, der seit langem bewusst ist, dass den Kurden ihre Rechte zu gewähren sind, schon um des Friedens und der Stabilität willen; eine pro-kurdische Partei, die seit Beginn der Friedensverhandlungen mit Öcalan konstruktive Opposition betrieben hat; und nicht zuletzt die Regierungen der wichtigsten EU-Mitgliedstaaten, die allem Anschein nach verstanden haben, dass es ein Fehler war, Verhandlungskapitel zu blockieren, und die jetzt bereit sind, die Verhandlungen mit der Türkei über einen EU-Beitritt erneut voranzutreiben. Der vielleicht wichtigste Faktor aber sind die nationalen und internationalen Entwicklungen des vergangenen Jahres: angefangen mit den unerwarteten Protesten im Gezi-Park und dem Umgang der Regierung damit, der sie viel internationale Reputation gekostet hat, bis hin zu den Entwicklungen in Syrien, wo die Außenpolitik der AKP diskreditiert wurde und eine de facto autonome kurdische Region entstand. All dies machte der AKP bewusst, wie wichtig die EU bleibt und dass eine politische Lösung der Kurdenfrage unabdingbar ist, um politische Stabilität und Wirtschaftswachstum zu erreichen. Nicht zufällig gab Erdoğan das Demokratiepaket zwei Wochen vor Veröffentlichung des EU-Fortschrittsberichts bekannt.

Erdoğan hat jüngst in populistischer Absicht darauf hingewiesen, dass bürokratische Bevormundung und antidemokratische Kräfte in der Türkei die Arbeit der Regierung nach wie vor behinderten. Dabei besitzt die AKP noch immer das Maß an politischer Macht, das nötig ist, um die Türkei aus der Liga der Semi-Demokratien herauszuführen. Immerhin hat Erdoğan den Kampf gegen das Militär gewonnen, die antidemokratischen Versuche vereitelt, seine Regierung zu stürzen, den richterlichen und bürokratischen Widerstand gegen seine Politik eingehegt und durch eine Kombination aus indirekter Kontrolle und Einschüchterung eine extrem regierungsfreundliche Medienlandschaft ge-

schaffen. Infolgedessen befindet er sich nun in einer Machtposition, in der er nicht nur jedwede verfassungsrechtliche und gesetzliche Änderung durchsetzen kann. Er ist auch in der Lage, die Öffentlichkeit für tiefgreifende Reformen zur Regelung der Kurdenfrage zu gewinnen. Was ihm jedoch fehlt, ist der politische Wille, solche Reformen auch durchzusetzen. Einerseits ist er aus nachvollziehbaren Gründen nicht bereit, die Position der AKP als alleinige Regierungspartei aufs Spiel zu setzen, andererseits erkennt seine Regierung demokratische Prinzipien wie Gleichheit und Menschenrechte nur selektiv an.

An dieser Stelle wird erkennbar, dass den politischen Entscheidungsträgern der EU eine wichtige Rolle zufällt. Ebenso wie die Entscheidung des Europäischen Rates, am 5. November ein neues Kapitel in den Verhandlungen mit der Türkei zu öffnen, hat auch der Fortschrittsbericht der Kommission eine positive Atmosphäre in den Beziehungen zwischen der EU und der Türkei geschaffen. Vor diesem Hintergrund kann und sollte die EU einen großen Beitrag dazu leisten, sowohl den Demokratisierungs- wie auch den Friedensprozess zu beschleunigen. Am 5. November wurden die Verhandlungen zu Kapitel 22 eröffnet, das sich mit Regionalpolitik und Dezentralisierung der Regierungsgewalt beschäftigt – und dies wiederum wird sich direkt auf die Autonomieforderungen der pro-kurdischen politischen Bewegung auswirken. Diese Tatsache verweist einmal mehr darauf, wie wichtig eine aktive Politik der EU zu diesem Zeitpunkt ist.